

KURZBERICHTE AUS PRAXIS UND FORSCHUNG

Planung und Statistik

Mehr und mehr wird deutlich, daß die amtliche Statistik sich mit Problemen der Planung auseinanderzusetzen hat, wobei Planung hier im weitesten Sinne verstanden sei. Planung erfordert Kenntnis des Bestehenden, Erkennen der Entwicklungstendenzen und Vorausschau. Das gilt ganz allgemein für die Volkswirtschaft etwa bei längerfristigen Haushaltsplanungen oder mittelfristigen Finanzplanungen, speziell aber für die auf Raumordnung gerichtete Planung, also die Stadt-, Regional- und Landesplanung, sowie für die Aufgaben des Bundes auf diesem Gebiet.

Seitdem für diese Bereiche das Bundesbaugesetz, das Bundesraumordnungsgesetz und in den Ländern Landesplanungsgesetze bestehen, ist die Planung in den letzten Jahren praktisch auf breiter Front in Gang gekommen. In den Gemeinden und Kreisen sowie in den nach und nach entstehenden regionalen Planungsverbänden, aber auch beim Bund und bei den Ländern hat sich darum ein größer gewordenes Interesse an geeigneten, regional entsprechend gegliederten statistischen Daten und die Notwendigkeit für Vorausschätzungen verstärkt bemerkbar gemacht. Entsprechende Forderungen an die amtliche Statistik haben zahlreiche Probleme aufgeworfen. Sie sind zu einem Teil Gegenstand der Erörterungen während der diesjährigen Statistischen Woche gewesen, die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des dortigen Statistischen Landesamtes vom 3. bis 7. Oktober 1966 in Hamburg stattgefunden hat. Über die

den Leserkreis dieser Zeitschrift interessierenden Vorträge und Verhandlungen, sowohl im Rahmen der Veranstaltungen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker als auch der Deutschen Statistischen Gesellschaft, soll nachfolgend berichtet werden.

Die Hauptversammlung der Städtestatistiker wurde mit einem Vortrag über „Die Statistik als Grundlage der Stadtentwicklungsforschung“ eingeleitet, gehalten vom Direktor des Münchener Amtes für Statistik und Stadtentwicklungsforschung, *E. Dheus*. Er behandelte die vielfältigen Aufgaben der Stadtplanung einer Großstadt wie München und die zahlreichen Anforderungen, die von Seiten der Stadtplanung an die Statistik gestellt werden. Daraus habe sich zunächst eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Statistischem Amt und Stadtplanung entwickelt, die schließlich dazu geführt hat, die Stadtforschung oder, wie man in München sagt, die Stadtentwicklungsforschung mit der Statistik in einem Amt zu vereinigen. In einigen anderen Städten seien bereits auch Ämter für Statistik und Stadtforschung entstanden. Den Anfang hat bekanntlich Nürnberg vor einigen Jahren gemacht.

Der zweite Vortrag befaßte sich mit dem Gutachten zur Finanzreform. Hieraus leiten sich für die Städtestatistik zahlreiche Aufgaben ab. Insbesondere im Hinblick auf künftige Aufgaben war darum das Thema formuliert „Die Finanzreform im Blickwinkel der Städtestatistik“. Den Vortrag hielt Direktor *E. Büscher*, Hannover; er gipfelte in der Feststellung, daß es für die Städte immer notwen-

diger wird, eine möglichst weitgehende Vorausschätzung der Ausgabenseite vorzunehmen, um schon jetzt erkennen zu können, wie die Finanzausstattung einer Stadt auch in Zukunft zwangsläufig bemessen sein muß.

Während in der Hauptversammlung diese beiden mehr allgemeinen und grundsätzlichen Themen vorgesehen waren, war die Arbeit in den Ausschüssen „Bevölkerungs- und Gebietsstatistik“ sowie „Wirtschafts- und Verkehrsstatistik“ sehr sachnahen Fragen gewidmet.

Im Ausschuß „Bevölkerungs- und Gebietsstatistik“ unter dem Vorsitz von Direktor *König*, Augsburg, standen drei Themen von recht aktuellem Interesse zur Erörterung. Dr. *Hans Schmidt*, München, behandelte das Thema „Gewogene und ungewogene Mittelwerte in der Bevölkerungsstatistik“. Hier ging es darum, die Richtigkeit einiger traditioneller Methoden zu überprüfen, wie sie vor allem bei der Errechnung der mittleren Jahresbevölkerung, des Durchschnittsalters der Lebenden, der Heiratenden und der Gestorbenen u. a., sowie von Geburten- und Sterbeziffern angewendet werden, und dabei wurde jeweils deren besondere Problematik aufgezeigt. Der Vortragende wies auf manche immer wieder vorkommende Fehler hin; man möchte deshalb wünschen, daß seine aus der Praxis rührenden sach- und zahlenlogisch begründeten Ausführungen weithin bekannt werden und Beachtung finden.

In einem weiteren Referat befaßte sich Direktor *König*, Augsburg, mit der Bedeutung von Dichtewerten der Bevölkerung für den Städtebau. Er beleuchtete die in der statistischen und in der städtebaulichen Literatur auffindbaren Dichtebegriffe in ihrer Aussagefähigkeit und Verwendung im Städtebau, wobei er insbesondere auch die sehr uneinheitlichen Begriffsinhalte kritisch erörterte.

Die Dichte als quantitativer Maßstab – Ausdruck des Verhältnisses einer Anzahl von Menschen zu einer bestimmten Flächeneinheit – soll im Städtebau dazu dienen, qualitative Fragen zu beantworten, um gewisse Zielvorstellungen für die optimale Art des Zusammenlebens der Menschen zu verwirklichen. Hinter diesen Zielvorstellungen stehen die vielfältigen menschlichen Lebensbedürfnisse, die aber, wie *König* meint, noch zu wenig erforscht sind und daher weitgehend durch eigene Vorstellungen und Überzeugungen oder zumindest Hypothesen ersetzt werden müssen. Unter diesem Blickwinkel seien auch die heute gültigen Dichtevorstellungen im Städtebau zu sehen. Von der Stadtforschung werde erwartet, daß sie mehr und mehr auf die Frage nach den Bedürfnissen des Menschen und der Gesellschaft eine Antwort erteilt. Aufgabe des Planers sei es, durch sinnvolle Verteilung der Nutzung der Grundflächen zu einer gesunden Grundstruktur der städtischen Verdichtungsräume zu gelangen. Hierzu fehlten aber noch einigermaßen fundierte Vorstellungen bezüglich der Raumansprüche für die unterschiedlichen Nutzungsarten und Nutzungsintensitäten. Die Erarbeitung solcher Vorstellungen und die Entscheidung über die zukünftige Siedlungsstruktur gehöre zu den zentralen Aufgaben unserer Zeit.

Die Städtestatistik habe hierzu einen wesentlichen Beitrag zu leisten, indem sie sich um die Ermittlung der derzeit bestehenden Verhältnisse, den qkm-Anteil an besiedelter

Fläche pro Einwohner, differenziert nach verschiedenen Nutzungen, bemühe. Solche vergleichbaren Angaben sollen dazu dienen, gewisse Richtwerte und einheitliche Vorstellungen herauszuarbeiten. Die Aufgliederung des Gemeindegebietes nach Nutzungsarten im Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden könne dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Einen Ansatzpunkt biete eine Neuaufnahme des Gemeindegebietes im Sinne des Flächengliederungsvorschlages, wie ihn der Strukturskatalog der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung enthalte. Allerdings bedürfe dieser Vorschlag für den vorgenannten Zweck noch der Überarbeitung. *König* stellte diese Problematik dem Ausschuß als Aufgabe, mit der er sich in seinen künftigen Sitzungen intensiv weiter werde befassen müssen.

Abschließend gab Reg.-Dir. Dr. *Karl Schwarz*, Wiesbaden, einen Sachstandsbericht über den Aufbau und Zweck der Gemeindekartei beim Statistischen Bundesamt. Daraus war zu entnehmen, daß für jede der 24 500 Gemeinden mehrere Einzellockkarten angelegt sind. Sie enthalten neben dem Namen der Gemeinde in Klarschrift folgende verschlüsselte Ortsangaben: Landkreis, Gemeinde, Postleitzahl, Oberpostdirektionsbezirk, Naturraumschlüssel, Nummer des Bundestagswahlkreises, Gerichtsbezirke, Arbeitsamt, Stadtregionenschlüssel. In die zweite Karte sind die Gemeindeflächen in Hektar, die Wohnbevölkerung nach den Volkszählungen 1939, 1950 und 1961 mit besonderem Nachweis der männlichen Personen aufgenommen. Weitere Karten enthalten die fortgeschriebene Wohnbevölkerung ab 1962. Die Aufnahme von Strukturdaten der Volks- und Berufszählung 1961 im Zusammenhang mit der Übernahme der Kartei auf Magnetband ist geplant. Die Kartei wird in bezug auf Gebietsstand und Schreibweise der Namen der Gemeinden laufend auf den neuesten Stand gebracht; auf geänderte Karten kann zurückgegriffen werden. Die Schlüsselzahlen in der Karte 1 erleichtern die Zusammenstellung von Angaben für die genannten Gebietseinheiten. Die Angaben der weiteren Karten ermöglichen maschinelle Berechnung der Bevölkerungsdichte und -entwicklung sowie eine Ordnung der Gemeinden nach Größenklassen. Doppel der Karten gibt das Statistische Bundesamt gegen Bezahlung ab.

Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. *Gunzert*, Frankfurt, referierte im Ausschuß Wirtschafts- und Verkehrsstatistik Frau Direktor Dr. *Richter*, Duisburg, über Straßenverkehr und Statistik. Dipl.-Volkswirt W. *Gottschalk*, Frankfurt, berichtete über Möglichkeiten und Grenzen der Fortschreibung regionaler Werte des Bruttoinlandsproduktes in städtestatistischen Ämtern. Er konnte hierbei anknüpfen an die vor Jahren bereits aufgenommenen Arbeiten im Statistischen Amt der Stadt Frankfurt, das auf diesem Gebiete erste Vorstöße unternommen hat.

Von besonderem Interesse waren auf der diesjährigen Tagung natürlich die Verhandlungen im Ausschuß für Regionalstatistik der Deutschen Statistischen Gesellschaft, der unter Vorsitz von Reg.-Dir. *Hoffmann*, Bad Godesberg, tagte. Hier hielt Dr. *Schwarz*, Wiesbaden, den Hauptvortrag über Probleme regionaler Bevölkerungsvorausschätzungen. Er führte dabei aus, daß Bevölkerungsprognosen zu

den umstrittensten Gebieten der Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungsstatistik gehören. An solchen Prognosen bestehe jedoch wegen der Zukunftswirksamkeit zahlreicher öffentlicher Maßnahmen ein reales und nicht abweisbares Interesse. Die Wissenschaft könne sich infolgedessen dieser Aufgabe nicht entziehen.

Schwarz unterschied zwischen Zielprognosen der Landesplanung und zielfreien Prognosen nach wissenschaftlich-objektiven Maßstäben. Mit der Zielprognose werde ein politisch definiertes Wunschbild, mit der zielfreien Prognose ein Erwartungsbild, unabhängig von politischen Zielsetzungen, prognostiziert. Der Politiker, der sich bestimmte Ziele setze, tue gut daran, seine Ziele nicht im luftleeren Raum zu formulieren.

Je kleiner ein Gebiet sei, um so stärker werde die Bevölkerungsentwicklung durch die Wanderungskomponente bestimmt. Die Zuverlässigkeit der meisten Regionalprognosen hänge infolgedessen von der richtigen Prognose der Wanderungen ab. Um die damit verbundenen Schwierigkeiten zu vermeiden, begnüge man sich häufig mit einer Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, denn diese kann bereits wichtige Erkenntnisse vermitteln. Weit verbreitet sei außerdem die Methode, von Richtung und Umfang der in der Vergangenheit beobachteten Wanderungsströme auszugehen und auf die Zukunft zu schließen.

Besondere Bedeutung haben im Bundesgebiet in den letzten Jahren Bevölkerungsprognosen erlangt, die für eine Vorausschätzung der Wanderungen von der Arbeitskräftenachfrage ausgehen. Wenn die erwartete Nachfrage das aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung erwartete Angebot überschreitet, wird ein Zuwanderungsüberschuß in die Rechnung eingesetzt, andernfalls ein Abwanderungsüberschuß angenommen. Besondere Probleme bilden hierbei die Zuverlässigkeit der ökonomischen Annahmen über die Branchenentwicklung, die Anziehungskraft eines Raumes auf Grund außerökonomischer Daten, die Bereitschaft zur Beteiligung am Erwerbsleben, insbesondere bei der weiblichen Bevölkerung, und die Berücksichtigung der Pendler.

Grundsätzlich sollte für die Regionalprognose, so meint *Schwarz*, davon ausgegangen werden, daß die Entwicklung eines Teilraumes von der Entwicklung im ganzen Staatsgebiet abhängt und darüber hinaus auch die Entwicklung im Ausland zu beachten ist. Bei allen Regionalprognosen sollte daher versucht werden, zunächst Vorausschätzungen auf globaler Ebene oder wenigstens Paralleluntersuchungen für die Nachbarräume durchzuführen. Die Zusammenfassung von Regionalprognosen in einer Hand oder in Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen könne dazu besonders nützlich sein.

Bei Trendprognosen könne man von einer Extrapolation der für den Untersuchungsraum bisher beobachteten Entwicklung, aber auch von der Übernahme der Entwicklungstendenzen ausgehen, die in einem anderen Raum, dessen Entwicklung schon weiter fortgeschritten ist, früher beobachtet wurden. Bloße Feststellungen über den bisherigen Trend genüßten jedoch nicht; es müßten auch die Sachzusammenhänge erforscht werden. Außerdem müsse versucht

werden abzuschätzen, welches Gewicht die vorausschaubaren neuen Bedingungen haben werden.

Je kleiner ein Gebiet ist, um so stärker werden individuelle und zufällige Einflüsse durchschlagen, die nicht voraussehbar sind. Der Untersuchungsraum sollte darum nicht zu eng begrenzt werden. Ein besonderes Problem bildeten auch die oft unzulänglichen regionalstatistischen Daten. Aus der Nachkriegszeit stehen erst die Ergebnisse von zwei Großzählungen zur Verfügung, und weitere Ergebnisse sind erst für die Jahre um 1970 zu erwarten.

Prognosen, so schloß *Schwarz* seine Ausführungen, seien keine Prophetie. Selbst wenn sie nur ein Bevölkerungsentwicklungsmodell liefern würden, seien sie keinesfalls wertlos, vorausgesetzt, daß sich der Benutzer ständig die Prämissen vor Augen halte. Prognosen müßten außerdem fortgesetzt an der tatsächlichen Entwicklung überprüft und auf Grund neuester Informationen wiederholt werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Die neuen Datenverarbeitungsanlagen seien hier ein wesentliches Hilfsmittel.

An der Diskussion beteiligte sich vor allem Dr. *Schröder*, Basel, mit einem vorbereiteten ausführlichen Beitrag. Er stützte sich dabei auf kürzlich bei der Prognos-AG abgeschlossene größere wissenschaftliche Untersuchungen über die Faktoren, welche die regionalen Entwicklungsprozesse bestimmen, und ging auf die Möglichkeiten ein, das statistische Instrumentarium zur Bestimmung der voraussichtlichen Entwicklung kleinerer Räume zu verfeinern. Vor allem behandelte er die Zusammenhänge von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen Wachstumskräften. Er legte dar, daß diese nicht losgelöst voneinander gesehen werden können und daß für die Bevölkerungsentwicklung der wirtschaftliche Wachstumsprozeß eine sehr wesentliche, bisweilen sogar eine ausschlaggebende Rolle spiele. Jedoch könne man nicht mehr so extrem, wie das gelegentlich in früheren Arbeiten geschehen sei, formulieren, daß die Bevölkerungsentwicklung der Wirtschaft folge und nicht umgekehrt. Insbesondere vertiefte *Schröder* in seinen Ausführungen das Phänomen der Wanderungswilligkeit der Arbeitskräfte und das Problem der Attraktivität bestimmter Standorte. In diesem Zusammenhang erläuterte er Untersuchungen anhand eines Modells, mit dem die Zusammenhänge quantitativ geprüft worden sind. Als Ergebnis kam er zu der Feststellung, daß an erster Stelle für das regionale Wachstum in der Zukunft die Attraktivität einer Region ausschlaggebend sein werde, während Fragen des Standorts, der Gewerbesteuerhebesätze usw. erheblich an Bedeutung verlieren würden. Das bedeute für die regionale Wirtschaftsförderungspolitik, daß Bemühungen um die Attraktivität der Regionen im Vordergrund zu stehen hätten. Die Regionen müßten für die Arbeitskräfte annehmbar ausgestaltet werden, für diese anziehend sein, andernfalls werde sonst die Entwicklung an ihnen vorbeigehen.

Der Eindruck, der von *Schröders* Ausführungen nachblieb, war, daß mit Hilfe einer gewissen Faktorenauswahl und ihrer Gewichtung zu einigen Einsichten über die Zukunftsentwicklung zu gelangen ist, daß es jedoch sehr davon abhängt, welche Auswahl getroffen wird und wie die Ansätze vorgenommen werden; es bleibt daher ein weiter

Spielraum. Ein Patentrezept war aus dem vorgetragenen Beispiel der Prognos jedenfalls nicht zu entnehmen und ist wahrscheinlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf diesem Gebiete auch noch nicht zu erwarten. Das kam in der Diskussion deutlich zum Ausdruck und war auch Grundtenor der Ausführungen des Referates von Dr. *Schwarz*.

Die Hauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am nächsten Tage stand unter dem Thema „Statistik und Vorausschätzung“. Es war gewählt worden, um einem aktuellen Anliegen von den verschiedensten Seiten zu entsprechen. Insofern nahmen die Erörterungen im Anschluß „Regionalstatistik“ bereits einen Teil des Themas vorweg.

In die Problematik der Vorausschätzung führte ein Vortrag von Prof. Dr. *Gerfin*, Gießen, über Begriffe und Aufgabenstellungen ein. Grundsätzliche methodische Fragen der Vorausschätzung wurden sodann von Dr. *Raabe*, Bundesministerium für Wirtschaft, und Prof. Dr. *Menges*, Saarbrücken, vorgetragen. Dabei war Gegenstand des Referates von *Raabe* die Vorausschätzung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland (ohne ökonomische Modelle). Erstmals wurde damit in der Öffentlichkeit etwas näheres bekannt über die amtlichen Vorausschätzungen des Wachstums der Volkswirtschaft, die in einem Interministeriellen Arbeitskreis unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vorgenommen werden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um kurzfristige Vorausschätzungen für ein bis zwei Jahre. Der Anstoß wurde durch den Marshallplan gegeben. Eine allmähliche Verfeinerung ergab sich durch Verbesserung des statistischen Grundmaterials. Diese Vorausschätzungen sind sowohl für die Berichterstattung an internationale Organisationen sowie für die Berichterstattung der Bundesregierung wesentlich.

Grundlage der amtlichen Vorausschätzungen ist ein vollständig geschlossenes Kreislaufschema in Anlehnung an die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Mittelpunkt des Schätzverfahrens steht die nominale Gesamtnachfrage (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Außenbeitrag). Die Vorausschätzungen der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklungen haben sich bewährt. Zur weiteren Verfeinerung der Methode trug *Raabe* Forderungen an das statistische Instrumentarium vor. Mittel- und langfristige Vorausschätzungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, d. h. für vier bis sechs bzw. für zehn und mehr Jahre, sind sehr problematisch. Sie sind bis vor kurzem von amtlichen Stellen in der Bundesrepublik nicht durchgeführt worden. Mehr und mehr besteht jedoch ein Bedürfnis auch für derartige Prognosen.

Gegenstand des Referates von *Menges* war die Vorausschätzung mit Hilfe ökonomischer Modelle. Seine Ausführungen waren eine gute Einführung in die Methoden, ohne daß jedoch deren Anwendung an praktischen Beispielen behandelt worden wäre.

Eine weitere Themengruppe war dem Beitrag der amtlichen Statistik zur Vorausschätzung gewidmet. Frau Dr. *Bartels*, Wiesbaden, referierte über den Beitrag der Sta-

tistik zur Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft. Sie setzte damit das von *Raabe* bereits grundsätzlich und methodisch behandelte Thema fort.

Für die Raumforschung und Raumordnung waren die dann folgenden beiden Vorträge von Dr. *Hüfner*, Wiesbaden, der den Beitrag der Statistik zur Vorausschätzung regionaler Entwicklungen behandelte, und von Dr. *Boustedt*, Hamburg, mit dem Thema „Bevölkerungsvorausschätzungen als Hilfsmittel für die Stadtplanung“ von besonderem Interesse.

Hüfner legte dar, daß Vorausschätzungen von Entwicklungen in Teilräumen andere Probleme aufwerfen als solche in abgeschlossenen Volkswirtschaften. Er wies auch auf den Unterschied hin, der bei Prognosen für Bundesländer und für Gebiete besteht, die kleiner als diese sind. In jedem Falle gilt, daß Vorausschätzungen um so unsicherer werden, je kleiner die Räume sind. Das liege u. a. auch daran, daß für kleinere Einheiten das statistische Material spärlicher ist. Deshalb sei es bei Vorausschätzungen regionaler Entwicklungen immer ratsam, von den Ergebnissen größerer Einheiten auszugehen. Darauf hatten auch bereits Dr. *Schwarz* und Dr. *Schröder* in ihren Ausführungen am Vortage hingewiesen. *Hüfner* ging dann auf die Bedeutung der Bevölkerung oder des Sozialproduktes als Beziehungsgrößen für viele Vorausschätzungen ein. Aus ihnen werden Vorausschätzungen für Einzelentwicklungen, wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Wasser- und Abwasseranlagen, Verkehrsmöglichkeiten oder die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte vorgenommen. Das für regionale Vorausschätzungen zur Verfügung stehende Ausgangsmaterial ist bereits für Bundesländer heute noch unzureichend. Es fehlen vor allem Zahlen über die Erwerbstätigkeit und damit die Produktivität sowie über die Bestände an verschiedenen Gemeinschaftseinrichtungen. Für Teilräume von Bundesländern ist es ein großer Mangel, daß nur alle sieben bis zehn Jahre einmal die Pendlerströme erfaßt werden.

Als Ergebnis seiner Ausführungen stellte *Hüfner* fest, daß man sich mit der heutigen Versorgung an statistischen Daten noch nicht zufrieden geben könne; denn gute Vorausschätzungen seien nur mit guten statistischen Informationen möglich. Die Statistiken sollten vor allem für kleinere Verwaltungseinheiten ausgebaut werden, aus denen sich bei Bedarf wieder Räume mit anderen Abgrenzungen, wie Stadtregionen, Ballungsräume u. a., bilden lassen.

Boustedt stellte an den Anfang seiner Ausführungen die Problematik, die angesichts der kurzfristigen demographischen Veränderungen im Bereich kommunaler Gebietskörperschaften besteht. Eine der wesentlichsten Grundlagen für jede Prognose, nämlich einigermaßen ausreichende Kontinuität und Gleichförmigkeit des Entwicklungsprozesses, fehle fast völlig. Das Vorhaben von Bevölkerungsprognosen für so kleine und räumlich so vielfältig verflochtene Siedlungseinheiten wie Städte und Gemeinden sei darum besonders schwierig.

Boustedt ging dann auf die Gründe ein, die Bevölkerungsprognosen trotz ihrer methodischen Problematik in der kommunalen Praxis, vor allem in der Stadt- und Entwick-

lungsplanung, in der letzten Zeit verlangt haben. Er prüfte sodann die praktischen Nutzanwendungen, welche die Bevölkerungsprognose für die einzelnen Sachbereiche der Stadt- und Entwicklungsplanung finden und welche Besonderheiten sich hierbei für sie im Vergleich zur globalen Prognose ergeben. Dabei wurden von ihm dargelegt die Bevölkerungsprognose als Grundlage für den Flächennutzungsplan und für die Infrastrukturplanung, darunter für die Planung von Versorgungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen, sowie von Einrichtungen der Gesundheitspflege und Fürsorge, des Gemeindebedarfs, des Verkehrs und schließlich als Grundlage für Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Boustedt ging auf die Standortplanung als ein Sonderproblem ein.

Den dritten Teil der Ausführungen bildeten methodische Sonderprobleme bei Bevölkerungsprognosen für kleinräumliche Einheiten als Antwort auf die eingangs gestellte Frage, welche Möglichkeiten sich anbieten, um neben den konventionellen Prognoseverfahren der Bevölkerungswissenschaft die Bedürfnisse nach kleinräumlichen Bevölkerungsvorausschätzungen in ausreichendem Maße befriedigen zu können.

Faßt man das Ergebnis der Tagung zusammen, so ergibt sich der Eindruck, daß die starke Zurückhaltung, die von seiten der amtlichen Statistik gegenüber Vorausschätzungen geübt worden ist, sich offenbar gelockert hat. Das wird insbesondere deutlich bei den Städtischen Statistischen Ämtern, die, insbesondere soweit sie gleichzeitig Stadtforschung betreiben, nicht nur Material bereitstellen, sondern selbst Vorausschätzungen durchführen. Beim Statistischen Bundesamt und bei den Statistischen Landesämtern scheint diese starke Zurückhaltung noch nicht überall aufgelockert zu sein. Inwieweit die Auffassung des Präsidenten des Hessischen Statistischen Landesamtes auch von den anderen Statistischen Landesämtern geteilt wird, ist nicht ganz klar geworden. Hüfner jedenfalls ist der Meinung, daß der Statistiker als der beste Kenner des Grundmaterials und der statistischen Methoden auch berufen sei, Vorausschätzungen durchzuführen.

Übereinstimmung bestand weitgehend darüber, daß das verfügbare statistische Datenmaterial, insbesondere für die Prognose regionaler Entwicklungen, noch unzureichend ist. Angesichts des unabwiesbaren Bedarfs von Vorausschätzungen regionaler Entwicklungen wird es daher notwendig sein, das Dargebotene an statistischem Material zu verbessern, ebenso wie methodisch weitergearbeitet werden muß. Es wird eine der vornehmlichen Aufgaben des Ausschusses für Regionalstatistik bei der Deutschen Statistischen Gesellschaft sein, wie seinerzeit vor Durchführung der großen Zählungen 1960/61, entsprechende Empfehlungen auszuarbeiten.

Ein sehr wesentlicher Fortschritt für die Regionalstatistik ist, wie der Präsident des Statistischen Bundesamtes in Hamburg bekanntgegeben hat, bei den bevorstehenden Großzählungen zu erwarten. Die Aufbereitung soll dann mittels moderner Datenverarbeitungsanlagen über Magnetband erfolgen. Das ermöglicht, als kleinste regionale Aufbereitungseinheit Straße und Hausnummer zugrunde zu legen. Damit können Bausteine geliefert werden, die es gestatten,

später statistische Daten für jede beliebige Raumeinheit zu erstellen.

Georg Müller